

Über die Wirkung der Schriften von Marx und Engels zur Auswertung der Revolution von 1848/49 in der Genfer Gemeinde des Sonderbundes

Unmittelbar nach der Niederschlagung der Reichsverfassungskampagne begannen Marx und Engels die Ursachen für die Niederlage der Revolution von 1848/49 zu analysieren und durch die sorgfältige Untersuchung aller neuen Erscheinungen die Aussichten, Möglichkeiten und den Charakter einer neuen — zunächst bald erwarteten — Revolution zu ergründen.

Im Ergebnis dieser Analyse entstanden zahlreiche Artikel und Schriften, in denen grundlegende Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterpartei, die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats und die Frage der Bündnispolitik formuliert sind. Ein unmittelbares Ziel dieser Beiträge bestand zunächst darin, den Kampfgefährten im Bund der Kommunisten eine politische Orientierung in der neu entstandenen Situation zu geben.

Es waren vor allem die Schlußfolgerungen zur Perspektive der Revolution, die eine lebhaft diskutierte Diskussion auslösten. Dabei waren den Mitgliedern des Bundes der Kommunisten gerade die von Marx und Engels entwickelten revolutionstheoretischen Gedanken in der Auseinandersetzung mit dem Willich/Schapperschen Sonderbund eine wertvolle Stütze.

Martin Hundt hat in seinem Aufsatz „Zur Geschichte der ‚Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue‘“ die These aufgestellt, „daß eine Ursache für die konsequente Parteinahme der Bundesgemeinden in Deutschland im Herbst 1850 für die von Marx und Engels vertretene Politik der Zentralbehörde und gegen den Willich/Schapperschen Sonderbund in der Wirkung der Zeitschrift zu sehen ist.“¹

Es ist gewiß legitim, diese These dahingehend zu erweitern, daß die Zeitschrift — und darüber hinaus weitere Schriften von Marx und Engels — eine Katalysatorfunktion in Bezug auf die Auseinandersetzung im Sonderbund selbst ausübten und zur Herausbildung einer Opposition beitrugen. Hier soll der Versuch unternommen werden, diese These am Beispiel der Diskussion in der Genfer Sonderbundgemeinde zu erhärten.

Die Gründung der Sonderbundgemeinde in Genf steht in engem Zusammenhang mit dem Auftreten des Emissärs des Sonderbundes Adolph Majer, der am 5. Februar 1851 (nach einer anderen Quelle bereits am 3. Februar) nach Genf kam. Über die Zu-

sammensetzung der Gemeinde berichtete Majer in seinem Schreiben an die Zentralbehörde des Sonderbundes vom 12. Februar nach London, daß sie aus J. Ph. Becker, Carra, Heß, Imandt, Morisson (Blum), Schily sowie zwei Arbeitern bestehe.²

Ungeachtet der Tatsache, daß Heß und Morisson nachweislich bereits der von Dronke gebildeten Bundesgemeinde angehört hatten, muß diese Gemeinde als Gründung des Sonderbundes angesehen werden. Ihr Wirken ist wesentlich von politischen Positionen des Willich/Schapperschen Sonderbundes beeinflusst worden. Das kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß die Gemeinde ihre „vollste Zustimmung zu dem reorganisierten B[und]“ gab³ und von ihr solche Fragen beraten wurden, die eine totale Fehleinschätzung der Lage verdeutlichen, wie z. B., welche „revolutionären Maaßregeln [...] unmittelbar nach der nächsten Revolution des Proletariats ergriffen werden“ müßten.⁴ Auch in der Frage der Bündnisbeziehungen vertrat die Gemeinde in der Praxis Positionen des Sonderbundes. So wurde u. a. der Versuch unternommen, mit dem französischen kleinbürgerlichen Demokraten Louis Blanc in Verbindung zu treten. Imandt, Becker, Heß, Schily und andere Mitglieder der Sonderbundgemeinde in Genf gehörten auch zu den Unterzeichnern einer Zustimmungsadresse, die sie zusammen mit in der Schweiz lebenden Montagnards, ungarischen, polnischen und russischen Emigranten an das von einem Londoner „demokratisch-sozialistischen Komitee“ aus Anlaß des Jahrestages der französischen Februarrevolution veranstalteten „Bankett der Gleichen“ richteten. Es waren also im wesentlichen dieselben Fragen und Probleme, wie sie bereits im Herbst 1850 in London zur Diskussion standen und die schließlich zur Spaltung geführt hatten.

Die Diskussion in der Gemeinde Genf macht jedoch auch deutlich, daß die von Marx und Engels vertretenen wissenschaftlichen Auffassungen — insbesondere durch die Verbreitung der Hefte der „Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“ — ihre Wirkung nicht verfehlten. So wurden bereits im Zusammenhang mit dem Auftreten des Emissärs Majer in der Gemeinde eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die zu heftigen Auseinandersetzungen führten.

Im Mittelpunkt der Kritik stand zunächst das recht eigenmächtige Vorgehen des Emissärs bei der Aufnahme neuer Mitglieder. Während die Gemeinde der Auffassung war, daß bei der Aufnahme neuer Mitglieder Vorsicht „vor Allem nöthig“ sei⁵, ging Majer offenbar recht bedenkenlos vor. Die Gemeinde kam zu der Überzeugung, daß Majer „seine Mission, folglich den B[und] selbst, resp. seine Mitglieder an hiesigem Orte, mehr oder weniger compromittiere“⁶.

Daß hier von der Sonderbundgemeinde Genf bereits eine grundsätzliche Frage aufgeworfen wurde, in der sich die Auffassungen von Marx und Engels prinzipiell von Willich/Schapperschen Positionen unterschieden, macht auch der meines Wissens bisher kaum beachtete Brief Ewerbecks an Marx vom Februar 1852 deutlich, der die Situation in Paris betrifft. In diesem Brief, von dem bedauerlicherweise nur das Fragment einer polizeilichen Abschrift überliefert ist, heißt es: „Du hast gegenwärtig

mehr Chancen als sonst; die deutschen Arbeiter in Paris sind endlich dahin gekommen, nicht mehr den Radomontaden der Konspirateurs Willich, Schapper pp Glauben zu schenken; sie sehen auf Dich und denken dabei an die alte Organisation, deren Praxis ihnen einleuchtet und sie mehr gegen den täglichen Ueberfall der Polizei schützt [...].⁷ In diesem Zusammenhang weist Ewerbeck auf die mit einer massenhaften und unkritischen Aufnahme verbundenen Gefahren hin.

Während hier vor allem Differenzen in parteiorganisatorischen Fragen sichtbar werden, macht die weitere Diskussion in der Sonderbundgemeinde Genf deutlich, daß auch in der Frage der Bündnispartner des Proletariats prinzipielle Meinungsverschiedenheiten mit der Zentralbehörde in London bestanden haben. Wichtigster Beleg dafür ist der Brief, den Peter Imandt am 11. März 1851 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gemeinde — und mit deren ausdrücklicher Billigung — an die Zentralbehörde des Sonderbundes in London sandte.

Aufgrund seines persönlichen Einblicks hielt er es für erforderlich, auf die Stellung und das Verhalten der Vertreter der „Parlamentspartei“ aufmerksam zu machen. Er vertrat die Auffassung, daß „diese Leute in der Meinung von Demokraten und Halbdemokraten noch nicht so vernichtet“ seien, wie sie es wegen ihres „gefährlichen Einflusses verdienen.“⁸ Ihnen gegenüber sei „eine Sprache wie die Blanquische in höchstem Grade nothwendig“, meinte er.

Gerade in der Haltung zum Blanqui-Toast, der von Marx und Engels übersetzt und mit einem Vorwort versehen, verbreitet wurde, werden die unterschiedlichen Positionen zwischen Bund der Kommunisten und Sonderbund in der Frage der Bündnispartner schlaglichtartig deutlich. Es war letztlich auch die Diskussion über den Blanqui-Toast, die zur Auflösung der Sonderbundgemeinde Genf im August 1851 führte.

Der Einfluß der „Revue“ auf die Diskussion in der Sonderbundgemeinde Genf wird besonders deutlich im Zusammenhang mit der Einschätzung der Rolle der kleinbürgerlichen Demokraten. So schreibt Imandt, daß sich Ludwig Simon „mit einem gewissen Wohlgefallen auf den ihm von Marx angewiesenen Standpunkt als Kleinbürger“ stelle und sich „in der Vertheidigung dieser Klasse und ihres Eigenthums den rohen Kerls gegenüber, welche einen Arbeiterstaat gründen wollen“, gefalle.⁹ In diesem Zusammenhang deckt Peter Imandt bemerkenswerterweise — immerhin handelt es sich um ein Schreiben an die Zentralbehörde des *Sonderbundes* — auf, daß Simon beabsichtige, einen gegen Marx gerichteten Artikel zu schreiben. Dabei verhehlt er nicht, für wen er Partei ergreift, denn er betont, daß ihm „nicht allein durch diese Bekenntnisse Simons“, sondern auch durch andere Tatsachen, „unumstößlich klar geworden“ sei, „daß die ganze Parlamentsklüke sich nun offen als unsere Feinde geriren und antisozialistisch auftreten wird.“¹⁰

Wie weitgehend die Differenzen waren, und daß sie sich offensichtlich auch auf die Einschätzung der Rolle von Marx und Engels erstreckten, geht schließlich auch aus der Bemerkung Imandts hervor: „Die Lossagung von Marx *namentlich* von Sei-

ten Willich Schapper galt ihnen [d. h. den Parlamentern — E. K.] als eine Lostrennung von der commu[nistischen] Partei und sie sahen darin den Weg zu einer Einigung angebahnt.“¹¹ Zweifellos hat die Diskussion im Jahre 1851 bereits Voraussetzungen für den späteren Anschluß einer Reihe ehemaliger Mitglieder der Sonderbundgemeinde Genf an Marx und Engels geschaffen. So haben sich bekanntlich später Imandt, Schily, Becker und Sorge Marx und Engels angeschlossen und gehörten z. T. zu deren engsten Kampfgefährten in der Internationale.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die in der „Revue“ enthaltenen Beiträge von Marx und Engels sowie der von ihnen propagierte „Blanqui-Toast“ nachweislich zur Auseinandersetzung in der Sonderbundgemeinde Genf, der Herausbildung einer Opposition gegen die Zentralbehörde des Sonderbundes in London und schließlich zur Auflösung der Sonderbundgemeinde in Genf beigetragen haben.

Anmerkungen

- 1 Martin Hundt: Zur Geschichte der „Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“. In: Marx/Engels-Jahrbuch 1, Berlin 1978, S. 262.
- 2 Siehe Adolph Majer an die Zentralbehörde des Sonderbundes, 12. Februar 1851. Auszugsweise Abschrift in: StA Potsdam, Rep. 30 C Tit. 94 Lit. L Nr. 228 (11 373) Bl. 6R.
- 3 Moses Heß an die Zentralbehörde des Sonderbundes, 24. Februar 1851. In Georg Eckert: Aus der Korrespondenz des Kommunistenbundes (Fraktion Willich/Schapper). Archiv für Sozialgeschichte, Bd. V, Hannover 1965, S. 277.
- 4 Moses Heß an die Zentralbehörde des Sonderbundes, 17. Februar 1851. A. a. O., S. 276.
- 5 Ebenda, S. 275.
- 6 Moses Heß an die Zentralbehörde des Sonderbundes, 24. Februar 1851. A. a. O., S. 277.
- 7 Zitiert u. a. bei Karl Bittel: Der Kommunistenprozeß zu Köln 1852 im Spiegel der zeitgenössischen Presse, Berlin 1955, S. 31/32.
- 8 Peter Imandt an die Zentralbehörde des Sonderbundes, 11. März 1851. Teilabdruck ohne Angabe des Verfassers in Georg Eckert: Aus der Korrespondenz des Kommunistenbundes. A. a. O., S. 281. Imandts Verfasserschaft geht aus dem erhaltenen Schluß des Schreibens (IML/ZPA Moskau, f. 20, op. 1 d. 188) hervor, worauf Ingrid Donner aufmerksam macht (siehe Ingrid Donner: Der Anteil von Karl Marx und Friedrich Engels an der Verteidigung im Kölner Kommunistenprozeß 1852. In: Marx/Engels-Jahrbuch 4, Berlin 1981, S. 336).

9 Peter Imandt an die Zentralbehörde des Sonderbundes, 11. März 1851. A. a. O., S. 281.

10 Ebenda, S. 281.

11 Ebenda, S. 282.

Friedhilde Krause

Marginalien zu den serbischen Sprachstudien von Friedrich Engels

Allgemein bekannt und häufig zitiert ist die Äußerung von Friedrich Engels an Karl Marx in seinem Brief aus Manchester vom 20. Mai 1863: „Sonst treibe ich stark Serbisch, die von Vuk Stef. Karadžić gesammelten Lieder. Es geht mir leichter ein als irgendeine andere slawische Sprache“.¹ Einige Monate zuvor, und zwar am 17. Februar des gleichen Jahres, hatte Engels seinem Freund Marx berichtet: „Ich war in einem sehr öden Zustand, aus dem ich mich endlich herausarbeiten mußte. Ich versuchte slawische Sprachen, aber die Einsamkeit war mir unerträglich. Ich mußte mich gewaltsam zerstreuen. Das half, ich bin jetzt wieder der alte Kerl“.²

Am 6. Januar 1863 war Friedrich Engels' langjährige Lebensgefährtin, die immer heitere irische Arbeiterin Mary Burns verstorben.³ Engels hatte versucht, durch das Studium slawischer Sprachen seinen Kummer zu vertreiben. Das erinnert uns an die Mitteilung von Talvj in einem Brief an Jernej Kopitar, daß diese sich seinerzeit aus Schmerz um den frühen Tod ihrer geliebten Schwester 1823 mit dem Übersetzen der Serbischen Volkslieder von Vuk abzulenken versucht hat.⁴ Natürlich lagen dem Studium slawischer Sprachen des sich immer politisch engagierenden Mitbegründers des wissenschaftlichen Sozialismus Friedrich Engels auch ganz bestimmte politische Interessen zugrunde. Marx hatte Engels mit Schreiben vom 3. Februar 1863 auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, Alexander Herzens russischsprachige Zeitschrift „Kolokol“ zu lesen, die dieser mit seinem Freund, dem russischen Dichter Nikolaj Ogarev, seit 1857 in London herausgab. Er hatte folgendes an Engels geschrieben: „Was sagst Du zu der Polengeschichte? Soviel ist sicher, die era of revolution ist nun wieder fairly opened in Europe. Und der allgemeine Stand der Dinge gut. ... Doch mußt Du jetzt watch die Glocke, denn Herzen et Co. haben nun endlich Gelegenheit, ihre revolutionäre Ehrlichkeit ... zu zeigen.“⁵ Engels hatte Marx bereits am 17. Februar geantwortet: „Den ‚Kolokol‘ habe ich mir bestellt und denke Näheres drin zu finden. Übrigens werde ich schwer oxsen müssen, ehe ich mich wieder hineinarbeite.“⁶

Die politischen Ereignisse, die Marx und Engels seit Februar 1863 erneut brennend interessierten, waren die revolutionären Vorgänge in Polen. Schon 1847, als Marx und Engels anlässlich des 17. Jahrestages des polnischen Aufstandes von 1830 in